

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

**Vorschläge von Jörg Sommer zur Bürgerbeteiligung
„Vom Dialog zur Partnerschaft“**

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. 32</p>
--

Vom Dialog zur Partnerschaft

Grundsätzliche Überlegungen zu einer neuen Beteiligungskultur
im Rahmen der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“
des Deutschen Bundestages

Jörg Sommer – 12.10.2014

Das Scheitern elitärer Politikkonzepte	4
Das Fehlen anerkannter Instrumente	5
Die Endlagerfrage als Risiko – und Chance	5
Bürgerdemokratie ist nicht Mittel, sondern Ziel	6
Der Endlagersuchprozess als historische Chance	7
Erfolgsfaktor Frühzeitigkeit.....	8
Bereitschaft zur Beteiligung	9
Kurzfristige Beteiligungsformate	11
Bürgerbeteiligung im Prozess der Kommissionsarbeit.....	11
Internetrepräsentanz.....	11
Niedrigschwellige Diskurs-Plattform	12
Allgemeine Medienarbeit.....	13
Öffentliche Veranstaltungen	13
Diskurs in den gesellschaftlichen Gruppen	13
Junge Menschen interessieren.....	14
Bürgerforen.....	14
Mittelfristige Beteiligungskonzepte	15
Mitgestaltungsmöglichkeiten im Standortsuchprozess.....	15
Leitfrage Wirkungsmöglichkeit.....	16
Voraussetzung: Präzisierung des StandAG.....	16
Beteiligung der Standortregionen.....	16
Langfristige Beteiligungsziele	17
Sicherung der Möglichkeiten zukünftiger Generationen	17
Grundlage: Rückholbarkeit	17

„Partizipation garantiert nicht den Erfolg
bei der Endlagersuche, mangelnde Partizipation
aber erhöht die Chance des Misserfolges.“

(Abschlussbericht des AkEnd, 2002, S.62)

Das Scheitern elitärer Politikkonzepte

Die Signale für die Erosion der Strukturen unserer repräsentativen Demokratie sind unübersehbar: Weitgehende Verweigerung vieler Bürgerinnen und Bürger der Teilnahme an Wahlen auf allen politischen Ebenen und politisches Desinteresse auf der einen Seite – rasante Erfolge für populistische und (schein-)radikale Parteien sowie in Einzelfällen geradezu explosionsartig anwachsende Bürgerproteste, die zu scharfen Konflikten führen und unsere aktuellen politischen Strukturen und Akteure überfordern.

10 Elitäre Politikkonzepte, die davon ausgehen, dass demokratisch gewählte politische Eliten in der Lage sind, sämtliche für die Gesellschaft wichtige Entscheidungen zu treffen, die anschließend auch eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden, funktionieren nicht mehr.

15 Es erscheint vor diesem Hintergrund nicht als übertrieben, von einer Krise der repräsentativen Demokratie zu sprechen.

Das Prinzip des „Erst entscheiden, dann kommunizieren“ hat sich überlebt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht mehr mit der bisherigen Arbeitsteilung der repräsentativen Demokratie zufrieden geben. Diese Bürgerinnen und Bürger als „Wutbürger“ zu bezeichnen, ist populär, wird aber der Tiefe des Konfliktes nicht gerecht.

25 Es stimmt: Häufig ist Auslöser für das Engagement unmittelbare persönliche Betroffenheit, nicht selten geht es um die Verhinderung von Projekten, die die eigene Lebensqualität einschränken, stets ist aber die Frustration über einsame Entscheidungen von „denen da oben“ ganz wesentlich für die häufig stürmische Eskalation der Proteste verantwortlich.

Das Fehlen anerkannter Instrumente

Man mag diese Entwicklung je nach politischer Einstellung bedauern oder begrüßen – sie ist aber ebenso legitim wie real.

5 Ebenso real ist die meist hilflose Reaktion der verantwortlichen Eliten. Denn in solchen Konflikten wird bislang meist entweder auf die repräsentative Legitimation beharrt oder mit den Betroffenen nachverhandelt.

10 Die erste Lösung trägt in der Regel nur zur weiteren Eskalation der Konflikte bei, die zweite ist nicht nur kostenintensiv und langwierig, sondern auch legitimationstheoretisch problematisch. Schließlich werden hier im Nachhinein besonders aggressiv artikulierte Partikularinteressen in den Prozess einbezogen, während andere Stimmen keinen Einfluss mehr ausüben können.

15 Bislang fehlen gesellschaftlich anerkannte, praktisch erprobte und normativ verankerte Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung auf allen politischen Ebenen, die über nachträgliche Schlichtungs- und Befriedungskonzepte hinausgehen.

Die Endlagerfrage als Risiko – und Chance

20 Die aktuelle Situation bei der Suche nach einem gesellschaftlich akzeptierten Umgang mit dem Atommüll bietet mit Einsetzung der so genannten „Endlagerkommission“ die Möglichkeit, solche Konzepte zu entwickeln, zu erproben und im besten Fall hierzu einen gesellschaftlich Konsens herzustellen, der auch für andere Konfliktfelder auf allen politischen
25 Ebenen akzeptierte Formen aktiver Bürgerbeteiligung zur Verfügung stellen kann.

Gerade bei einem so kontroversen Thema wie der Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe sollte eine Legitimationsfalle vermieden werden. Hier ist es notwendig, möglichst

viele Bürgerinnen und Bürger und nicht nur die übliche „Beteiligungselite“ einzubeziehen. Alle Legitimierungsversuche, die sich allein auf professionelle Stakeholder und unmittelbar Standortbetroffene konzentrieren, werden scheitern.

- 5 Das ist ein Risiko, aber auch eine Chance für einen Beteiligungsprozess – weil dieser nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er frühzeitig einsetzt, lange bevor er nur noch als Mittel zur nachträglichen Legitimierung und Akzeptanz einer Entscheidung politischer Eliten gesehen wird.

Bürgerdemokratie ist nicht Mittel, sondern Ziel

- 10 Die Erarbeitung gesellschaftlich anerkannter, praktisch erprobter und normativ verankerter Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung ist im Rahmen der Endlagerdebatte geboren aus den Erfahrungen eines bereits einmal gescheiterten Verfahrens rund um das ursprünglich geplante Endlager Gorleben.
- 15

Ein neuer Anlauf zur Lösung der Problematik wird ebenfalls scheitern, wenn er die Bürgerbeteiligung nur in den bisher im Fokus stehenden zwei Dimensionen sieht:

- 20
1. als Mittel zur *Legitimierung* repräsentativ getroffener Entscheidungen von übergeordneter gesellschaftlicher Relevanz
 2. als Mittel zur Schaffung von *Akzeptanz* von ggf. auch unpopulären aber nötigen Entscheidungen.

- 25 Eine solche zweidimensionale Bürgerbeteiligung ist gut gemeint, bleibt aber in bisherigen elitären Politikkonzepten verhaftet, weil sie sich auf die Vermittlung von Entscheidungen und die Befriedung von dadurch entstandenen Konflikten konzentriert, also lediglich an den Symptomen kuriert.

- 30 Nachhaltig erfolgreich kann nur die Etablierung einer neuen Beteiligungskultur sein, die der repräsentativen Demokratie

Formen einer Bürgergesellschaft zur Seite stellt, indem sie der Bürgerbeteiligung eine dritte Dimension hinzufügt:

- 5 3. Die Bürgerbeteiligung als Mittel zur *Emanzipation* der Bürgerinnen und Bürger als Subjekte politischer Gestaltung unserer Gesellschaft.

Ohne die Bereitschaft, die Gesellschaft umfassend und nachhaltig zu „politisieren“, alleine mit dem Fokus der Schaffung von Legitimation und Akzeptanz von durch die politischen Eliten definierten Zielen kann und wird Bürgerbeteiligung nicht funktionieren.

10

Der Endlagersuchprozess als historische Chance

Gerade die Nutzung der Atomenergie ist in Deutschland seit Generationen eines der kontroversesten Themen. Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts haben die Diskussionen um die Nutzung der Atomenergie zu einer massiven Frontenbildung in der Gesellschaft geführt.

15

Der beschlossene Atomausstieg, wenngleich noch immer nicht vollständig vollzogen, bietet nun die Möglichkeit, verhärtete Fronten zumindest so weit aufzulösen, dass wir uns gemeinsam auf die Suche nach einer sicheren, generationenfesten und gesellschaftlich akzeptierten Lösung begeben können.

20

Der Weg hierzu führt nur über eine im obigen Sinne dreidimensionale, also emanzipatorische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger bereits lange vor einer auch nur vorläufigen Standortauswahl. Es geht dabei zum einen um die Schaffung von institutionalisierten Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, dieses Großprojekt einer gesellschaftlichen politischen Meinungsbildung außerhalb der geschlossenen Kreise politischer Eliten zu unterwerfen und die Entscheidungen mit zu beeinflussen.

25

30

5 Wo auch immer letztlich ein Endlager in Betrieb gehen soll – es gibt nur dann eine Chance auf Akzeptanz, wenn dieser Entscheidung ein breiter, langer, offener und sicher auch schmerzhafter öffentlicher Diskurs vorausgegangen ist, in dem die Bürgerinnen und Bürger sich als politische Subjekte und nicht als Objekte einer nachträglichen Befriedungsstrategie erleben.

10 Anders als bei allen anderen Großprojekten haben alle Fragen der Endlagerung nicht nur Auswirkungen für die nächsten Jahrzehnte, da sich die Strahlungsbelastung auf Zeiträume bezieht, die für das menschliche Denken schwer erfassbar sind. Eine Sicherheit für mindestens eine Million Jahre wird in diesem Kontext immer wieder genannt.

15 Vor einer Millionen Jahren kamen die ersten Hominiden nach Europa. Die Veränderungen, die sich seither, sowohl geologisch (mehrere Eiszeiten), aber vor allem auch in der Entwicklung der Menschheit vollzogen haben, lassen uns zumindest erahnen, in welchem Maße Veränderungen für die kommenden Millionen Jahre erwartet werden können.

20 Diese Fakten auch bei der Beteiligung der Bürger einzubeziehen, ist eine besondere Aufgabe, die keinerlei Referenzen in der Menschheitsgeschichte hat.

Erfolgsfaktor Frühzeitigkeit

25 Die umfangreiche Beteiligung aller Bürger am Prozess der Suche nach einem Endlager hätte längst beginnen müssen. Es wäre ein Rückschritt in elitäre Politikkonzepte, wenn wir davon ausgingen, dass die Menschen zwar an der Suche nach einem Endlager zu beteiligen wären, den Prozess der Ausarbeitung der Methoden, Kriterien und Entscheidungselemente dieser Suche jedoch nicht aktiv mitgestalten dürfen.

30 Wir brauchen deshalb dringend einen zeitnahen Ausbau der Möglichkeiten, die Debatten in der Kommission passiv zu

verfolgen. Parallel dazu müssen Angebote zur aktiven Teilnahme am Diskurs geschaffen werden. Diese müssen niederschwellig genug sein, um auch den nicht tief in der Materie steckenden Bürgerinnen und Bürgern eine Teilhabe an diesem Prozess bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu ermöglichen.

Bereitschaft zur Beteiligung

Wann sind Menschen bereit, Zeit und Energie aufzuwenden, um sich an einem Prozess zu beteiligen?

Am Anfang steht die *Information*. Ohne eine umfängliche und verständliche Information der Öffentlichkeit über alle Medien ist eine Bereitschaft zur Beteiligung nicht zu erreichen.

Grundmotiv für Beteiligung ist stets die *Betroffenheit*. Hier besteht die Gefahr einer Fehlinterpretation: Betroffen sind nicht allein die Menschen an potentiellen Endlagerstandorten. Letztlich tragen alle Bürgerinnen und Bürger eine Verantwortung und sind von der Entscheidung, wie wir mit dem gefährlichen Abfall aus der Zeit der Atomkraftnutzung umgehen, ebenso direkt betroffen wie ihre Nachkommen noch weit in der Zukunft. Diese Betroffenheit zu kommunizieren ist eine wesentliche Aufgabe in der Frühphase des Beteiligungsprozesses – *also jetzt*.

Letztlich ist auch eine mögliche unmittelbare Betroffenheit als Standortanlieger wesentlich umfangreicher, als den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist:

Immer wieder wird von einer „weißen Landkarte“ gesprochen. Dies bedeutet im Diskurs des Standortauswahlgesetzes vor allem, dass kein Standort bereits im Vorhinein feststeht. Das heißt jedoch auch: Jede Region Deutschlands ist potentiell zur Lagerung des atomaren Mülls geeignet. Für eine geologische Tiefenlagerung sind gemäß der drei von Geologen für besonders geeignet gehaltenen Gesteinstypen bereits potentielle Standortregionen ausgewiesen. Alternative Kon-

5 zepte einer oberflächennahen Lagerung oder wechselnde
Zwischenlager würden eine Lagerung in nahezu allen Regio-
nen Deutschlands ermöglichen. Schon heute haben wir an
zahlreichen Standorten in Deutschland bereits langfristige
10 Zwischenlager – mit teilweise höchst problematischen Si-
cherheitssituationen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung
lebt in der Gefahrenzone mindestens eines aktuellen Atom-
lagers. Da potentiell also die gesamte Bundesbevölkerung be-
troffen ist, sollte eine entsprechende Beteiligungsbereit-
schaft durchaus auch frühzeitig im Prozess erreichbar sein.

15 Ein dritter Faktor für die Teilhabe an einem Beteiligungspro-
zess ist der *Zugang* zu Beteiligungsmöglichkeiten. Verschie-
dene, jeweils möglichst niedrigschwellige Angebote müssen
sich hier in allen Phasen des Suchprozesses und darüber hin-
aus ergänzen.

20 Viertens müssen wirkliche *Einflussmöglichkeiten* bestehen
und als solche für die Bürger auch erkennbar sein. Bislang
haben viele Bürgerinnen und Bürger, die sich im Bereich
Atomkraft engagieren, häufig die Erfahrung machen müssen,
dass Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen wurden, die Er-
gebnisse dann jedoch im repräsentativ-politischen System
kaum Relevanz entfalteteten.

25 Diese frustrierende Erfahrung müssen wir zeitnah in einem
offenen Diskurs unter Beteiligung der Betroffenen reflektie-
ren.

Vor allem aber müssen wir Beteiligungsmöglichkeiten schaf-
fen, die den Prozess tatsächlich beeinflussen können.

Diesen Aspekt müssen wir bei der aktuellen Evaluation des
Standortauswahlgesetzes intensiv diskutieren.

Kurzfristige Beteiligungsformate

Bürgerbeteiligung im Prozess der Kommissionsarbeit

Im Folgenden mache ich konkrete Vorschläge wie eine breite Bürgerbeteiligung bereits jetzt im Kontext der Endlagerkommission erfolgen kann. Diese Vorschläge sind weder abschließend noch ausschließlich sondern sollen eine rasche, konkrete Diskussion und Entscheidungsfindung in der Kommission fördern.

Dabei bin ich mir bewusst, dass die normative Grundlage einer z.B. im noch zu evaluierenden Standortauswahlgesetz festgeschriebenen Bürgerbeteiligung noch nicht geschaffen ist.

Um jedoch einen Einfluss (den es noch festzuschreiben gilt) auf die Kommissionsarbeit im Sinne von Agendasetting und dem Einfließen in den zu erstellenden Endbericht der Kommission zu gewährleisten, muss die Diskussion über die praktische Ausgestaltung der Beteiligung zeitnah intensiv geführt werden.

Hierfür ist es unerlässlich, dass das Budget der Kommission für Bürgerbeteiligung *substantiell erhöht* wird. Es ist inakzeptabel, dass hierfür lediglich 500.000 Euro p.a. vorgesehen sind. Dies entspricht in etwa dem Etat einer mittelgroßen Kommune für ein konkretes, lokales Beteiligungsprojekt. Ein solches Budget wird der großen Bedeutung von Bürgerbeteiligung im Endlagersuchprozess nicht gerecht. Um eine tatsächliche breite Bürgerbeteiligung zu ermöglichen sollte ein Budget von mindestens 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Internetrepräsentanz

Die aktuelle Internetseite der Endlagerkommission ist im Web schwierig zu finden und sehr unübersichtlich. Es wäre wünschenswert, wenn hier alle Dokumente in einem Archiv

geordnet nach Sitzungsterminen und Themen auffindbar wären.

5 Die Videos der Sitzungen sollten im Titel nicht nur auf den Besuch der prominenten Politiker in der jeweiligen Sitzung hinweisen, sondern die Sitzungen inhaltlich beschreiben. Das Einfügen von Sprungmarken erleichtert zudem die Suche nach relevanten Teilen der Sitzung.

10 Eine Terminkalenderfunktion würde die Sitzungen des Plenums sowie der Arbeitsgruppen deutlich aufzeigen. Wünschenswert wäre auch eine einfache Online-Registrierung für Besucher der Sitzungen. Bislang ist der Zugang zu schwierig und erfordert bereits Kenntnisse der Verwaltungsstrukturen im Bundestag, die zwar bei professionellen Stakeholdern, aber nicht bei Normalbürgern vorausgesetzt werden können.

15 Zuschriften an die Kommission gehören, sofern vom Verfasser freigegeben auf der Internetseite veröffentlicht und ggf. dort auch öffentlich beantwortet.

20 Eine Liste von Hintergrundliteratur, Infografiken und Begriffserklärungen wäre im Sinne einer umfassenden Information wünschenswert.

Niedrigschwellige Diskurs-Plattform

25 Wir sollten außerdem rasch eine Möglichkeit zum Diskurs zwischen Kommission und interessierten Bürgerinnen und Bürgern bieten. Mit offenen Foren liegen eher schlechte Erfahrungen (mangelnde Teilnahme, Dominanz durch wenige Akteure) vor.

30 Die Deutsche Umweltstiftung wird hier in Kürze versuchsweise ein neuartiges, redaktionell begleitetes Diskurs-Forum anbieten, das allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen steht und das explizit dazu einlädt, Vorschläge für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess zu diskutieren. Die Mitglieder der Kommission sind herzlich eingeladen, sich in

diesem Forum aktiv am Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beteiligen.

Allgemeine Medienarbeit

5 Auch Informationsmaterialien zu den Grundlagen der Endlagerproblematik, zu unterschiedlichen spezifischen Aspekten(z.B. Rückholbarkeit, Lagerkonzepte, Rechtsschutz und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten) mit Darstellung der unterschiedlichen Konzepte und Positionen, beispielsweise als Publikationen über die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie die Veröffentlichung von allgemeinverständlichen Broschüren sind notwendig, um die Öffentlichkeit zu informieren und damit Beteiligung zu ermöglichen.

10

Öffentliche Veranstaltungen

Sehr wünschenswert wären Podiumsdiskussionen zu einzelnen Themen, bei denen Mitglieder der Endlagerkommission oder andere Akteure unterschiedliche Positionen öffentlich intensiv unter Beteiligung der anwesenden Bürgerinnen und Bürger diskutieren. Dies befördert den Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit.

15

Ebenso sind Veranstaltungsreihen zu diesen Themen in den jeweiligen Bundesländern anzudenken. Die positiven Erfahrungen des Landes Niedersachsen können dabei berücksichtigt werden.

20

Diskurs in den gesellschaftlichen Gruppen

Die Heterogenität der Kommission birgt die Chance, über die Mitglieder in sehr unterschiedliche Kanäle zu wirken. Das deutliche Mandat an alle Mitglieder der Kommission, in ihren Organisationen und Kontaktkreisen die Diskussion voranzutreiben und eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen, sollte ausgesprochen werden. Im Bedarfsfall wäre hier eine Finanzierung solcher Prozesse aus dem Kommissionsetat vorzunehmen.

25

Junge Menschen interessieren

Nicht nur der Millionen Jahre strahlende Atommüll, auch die Langfristigkeit des Prozesses der Endlagersuche führen dazu, dass vor allem zukünftige Generationen von der Frage des Umgangs mit dem Müll betroffen sind.

5 Die endgültige Entscheidung zum Lagerstandort wird voraussichtlich erst in der kommenden Generation getroffen, die genaue technische Ausgestaltung obliegt ihr auf jeden Fall.

10 Deshalb gehört es zu unseren Aufgaben, die kommenden Generationen auf diese Fragen vorzubereiten. Das Thema Atommülllagerung sollte daher im schulischen Kontext thematisiert werden – geeignete Schulmaterialien müssen flächendeckend zur Verfügung gestellt und Lehrerinnen und Lehrer für das Thema sensibilisiert werden.

15 Auch im Rahmen der außerschulischen Bildungsarbeit sollten Angebote entwickelt und Materialien zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sind Angebote wie z.B. Materialkoffer oder Online-Materialienserver sinnvoll. Interessierte Jugendverbände sollten bei der Durchführung von Bildungsvorhaben zu diesem Thema finanzielle Unterstützung erfahren.

20 Eine nationale Jugendkonferenz im Frühjahr 2015, durchgeführt z.B. in Kooperation mit dem Deutschen Bundesjugendring, könnte ein guter Auftakt zu den Angeboten für die junge Generation sein – und diese auch für die Arbeit der Endlagerkommission sensibilisieren. Denkbar sind auch Maßnahmen wie Ideenwettbewerbe oder Kooperationen mit Jugendformaten in Print und TV.

Bürgerforen

30 Neben digitalen Möglichkeiten, eine breite Beteiligungsmöglichkeit zu schaffen, sind Treffen in der realen Welt ebenfalls

essentiell wichtig. Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen der Kommissionsmitglieder und anderer Experten zum Thema Endlagersuche sind dabei nur ein Format. Auch die Schaffung von Möglichkeiten der direkten Kommunikation der Bürger untereinander zu konkreten Themen rund um die Endlagersuche ist eine wichtige Möglichkeit, das Thema in der Bevölkerung zu verankern und kann ganz neue Impulse für den Suchprozess liefern.

Eine Methode der moderierten und dadurch gerichteten Kommunikation der Bürger untereinander zu einem spezifischen Thema sind Bürgerforen. Es gibt in diesem Bereich verschiedene Methoden und Konzepte. Ich schlage vor, hierzu Experten einzuladen, um das für unsere Zwecke ideale Konzept auszuwählen. Wichtig wäre dabei, von Anfang an die unmittelbare Wirkung solcher Bürgerforen auf die Arbeit der Kommission zu betonen. Die Ergebnisse dieser Bürgerforen sollte deshalb in einer Kommissionssitzung vorgestellt und diskutiert werden.

Mittelfristige Beteiligungskonzepte

Mitgestaltungsmöglichkeiten im Standortsuchprozess

Es ist die Aufgabe der Kommission, die Beteiligung für den Standortsuchprozess auszugestalten. Die bereits erläuterten kurzfristigen Prozesse sind dabei die Grundlage für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung im direkten Auswahlprozess. Hier wird die Basis dafür gelegt. Zum einen durch intensive Information zum Thema, vor allem aber dadurch, dass die Bürger an die Möglichkeit der Beteiligung glauben und die Möglichkeit der Einflussnahme erkennen.

Für die Beteiligung im Suchprozess ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, nicht nur geeignete Methoden, sondern auch konkrete Einflussmöglichkeiten festzulegen.

Leitfrage Wirkungsmöglichkeit

Die Leitfrage lautet: An welchen Stellen werden die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse in welcher Form evaluiert und wie kann garantiert werden, dass sie in den Prozess einbezogen werden?

- 5 Damit müssen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen – und zwar bereits im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Evaluation des Standortauswahlgesetzes bietet dafür einen geeigneten Ausgangspunkt.

Voraussetzung: Präzisierung des StandAG

- 10 Gerade hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten ist das Standortauswahlgesetz bislang sehr unspezifisch. Beteiligungsansätze werden genannt, jedoch ohne Bindungswirkung. Ohne eine Konkretisierung wird eine wirkliche Beteiligung nicht zu erzielen sein.

- 15 Die Auswahl der Beteiligungsmethoden und deren Einbindung in die Kommissionsarbeit ist richtungsweisend für den Prozess des Suchverfahrens. Hier gibt es die Möglichkeit, Verfahren, die sich als zielführend erweisen, zu etablieren und weiter auszubauen, eine solide Informationsgrundlage zu schaffen und die hier geschaffene breite Beteiligung zu
20 nutzen, um auch im Suchprozess eine emanzipatorische Bürgerbeteiligung zu realisieren.

Beteiligung der Standortregionen

- 25 Im Rahmen einer konkreter werdenden Standortsuche wächst die Notwendigkeit zur Beteiligung der Kommunen in den potentiellen Standortregionen. Dabei muss von Anfang an eine klare Zusage Bestand haben:

Die Zustimmung der lokalen Bevölkerung ist unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Suchprozesses.

Sie holt den Beteiligungsprozess aus der Unverbindlichkeit und gibt ihm die Bedeutung, die er braucht, um erfolgreich zu sein.

Langfristige Beteiligungsziele

Sicherung der Möglichkeiten zukünftiger Generationen

5 Mit der Entscheidung für einen Standort darf die Beteiligung der Menschen im ganzen Land und in der Standortregion nicht aufhören.

10 Es ist gesellschaftlicher Konsens, den Suchprozess nicht den Energieversorgern und der Politik zu überlassen. Es sollte uns ein ebenso wichtiges Anliegen sein, auch die Kontrolle über das Endlager nicht den Verursachern des Atommülls zu überlassen.

15 Die im Standortauswahlgesetz vorgesehenen gesellschaftlichen Überwachungsgremien müssen mit entsprechenden Kompetenzen ausgestaltet werden und die Einflussmöglichkeiten klar definiert werden. Es ist nicht ausreichend, diesen nur eine Berichtsfunktion zuzuweisen oder zu Konsultationen einzuladen.

Grundlage: Rückholbarkeit

20 Dabei erscheint, unabhängig von der technischen Ausgestaltung, ein Prinzip unabdingbar: Um auch zukünftigen Generationen Entscheidungsoptionen zum weiteren Umgang mit der atomaren Hinterlassenschaft ihrer Vorfahren zu geben, ist die langfristige *Rückholbarkeit* der Abfälle unerlässlich.

25 Ein Endlager, welches in tiefen geologischen Schichten ohne eine Option zur Rückholbarkeit angelegt ist, lässt nachfolgenden Generationen keinerlei Handlungsspielraum. Dies ist weder mit dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, noch mit dem Ziel der Bürgerbeteiligung zu vereinbaren.

Kontakt:

Jörg Sommer

*Vorsitzender des Vorstandes
der Deutschen Umweltstiftung*

*Greifswalder Strasse 4
10405 Berlin*

Tel. 030 202384-280

Fax 030 202384-289

joerg.sommer@deutscheumweltstiftung.de